

CHINA IM UMBRUCH: WIRTSCHAFTLICHE LIBERALISIERUNG NEBEN POLITISCHER REPRESSION

Der Wandel macht die Staatspartei nervös

„Die Moral ist verfallen“

VON SARAH KUMPF

Die Bremer Europa-Abgeordnete Helga Trüpel hat als Mitglied einer Parlamentsdelegation China mehrfach besucht. Über die politische und wirtschaftliche Lage sowie realistische Erwartungen an eine verjüngte Führungsriege der Kommunistischen Partei sprach mit ihr Joerg Helge Wagner.

Welche Teile Chinas haben Sie auf Ihrer jüngsten Reise besucht?

Helga Trüpel: Wir waren zunächst wieder in Peking und sind dann nach Guangzhou, das frühere Canton, im Süden Chinas geflogen. Von da aus ging es per Bus in die Sonderwirtschaftszone Shenzhen und weiter nach Hongkong.

Bei der vorhergehenden Reise konnten Sie sich ja noch konspirativ mit Menschenrechtlern und deren Anwälten treffen. War das dieses Mal auch möglich?

Ich hatte wieder versucht, die Frau des Dissidenten Hu Jia über Facebook zu erreichen. Eine andere Kontaktaufnahme ist derzeit gar nicht möglich. Im vorigen Jahr konnte ich sie ja noch heimlich treffen, aber in diesem Jahr hatte ich keine Chance, sie auch nur anzusprechen.

Spürt man denn allgemein eine verschärfte Repression im Alltag oder betrifft das nur prominente Regimegegner?

Man hat eher den Eindruck, dass die wirtschaftliche Liberalisierung aufgrund der kapitalistischen Wachstumspolitik zunimmt. So sieht man zum Beispiel immer mehr Geschäfte, die Luxuswaren anbieten. Und es gibt immer mehr Leute, die sich deutsche Autos leisten können. Im Alltag der durchschnittlichen Konsumbürger hat die Repression nicht zugenommen. Für diejenigen aber, die klare Vorstellungen haben, wie sie sich ein demokratisches China vorstellen und die auch noch Kritik an der KP äußern, für die ist das Leben deutlich schlechter geworden. Das war zwar schon nach den Olympischen Spielen in Peking so, aber seit dem Arabischen Frühling in diesem Jahr ist die KP noch einmal viel nervöser geworden.

Woran merkt man das?

Die Funktionäre befürchten ein Überspringen der Demokratiebewegung in ihren Machtbereich. Sie haben das Internet noch viel schärfer kontrolliert. Als es in Kairo losging, wurden Texte mit dem Wort „Ägypten“ gesperrt. Hu Jia, der Künstler Ai Weiwei, die Frau des inhaftierten Friedensnobelpreisträgers Liu Xiaobo – sie alle stehen unter Hausarrest oder zumindest schärfster Beobachtung.

Dann konnten Sie nur offizielle Vertreter treffen?

Nein. In Hongkong, wo die politische Situation noch anders ist, haben wir verschiedene Menschenrechts- und Gewerkschaftsorganisationen getroffen.

Immerhin scheint es in Hongkong noch mehr Freiheiten zu geben.

Ja. Der Status „ein Land, zwei politische Systeme“ gilt erst einmal bis 2047. Es gibt in Hongkong also nach wie vor freie Wahlen und ein Mehrparteiensystem, und das sind nicht nur Blockflöten. Es gibt einen eigenen Gouverneur, der allerdings nach der Wahl von Peking bestätigt werden muss. Es gibt eine relativ freie Presse und es werden sogar viele Bücher, die in China verboten sind, in Hongkong gedruckt und verkauft – und über die Grenze nach China mitgenommen. Menschenrechtsorganisationen und selbst die in China brutal verfolgte Falun-Gong-Sekte können hier offen agieren. Arbeitnehmer-Organisationen kämpfen von hier aus für die Rechte der Beschäftigten im Perlfloss-Delta, wo die meisten großen Industrieunternehmen auch für viele westliche Firmen produzieren. Dadurch ist etwa der Mindestlohn von umgerechnet 120 Euro auf 140 Euro angehoben worden.

Schließt sich denn durch den wachsenden Mittelstand wenigstens die Schere zwi-



Militär und Polizei sind in China – hier im Pekinger Westbahnhof – nahezu allgegenwärtig.

FOTO: DPA

schen Arm und Reich?

Nein. Der Mittelstand wächst zwar, aber die Reichen werden viel schneller reich, als die Armut abnimmt. Die Schere geht nach wie vor auseinander. Es gibt mittlerweile eine Oberschicht, die wirklich sehr reich ist. Aber auch die Mittelschicht ist inzwischen so groß wie die in der gesamten Europäischen Union – also 250 Millionen Menschen. Dann gibt es aber auch ebenso viele sehr arme Wanderarbeiter oder Bauern, vor allem in den westlichen Provinzen.

Auf der Führungsebene der KP steht ein Generationenwechsel an. Was erwarten, erhoffen oder befürchten Sie?

Die neuen Führer werden Mitte 50 bis Mitte 60 sein. Viele Funktionäre in der zweiten oder dritten Reihe sind nervös, erwarten aber gleichzeitig ganz viel von dem Wechsel. Ganz sicher kann man aber nicht davon ausgehen, dass es etwa bei der Menschenrechtssituation zu einer deutlichen Entspannung kommen wird.

Sie sprechen das gleichwohl auf jeder Reise an. Wie reagieren Pekings offizielle Vertreter darauf?

Die chinesische Delegation war im Juli in Brüssel. Als ich da den Fall Ai Weiwei angesprochen habe, habe ich vom Delegationsleiter eine sehr wütende, fast schon gebüllte Antwort erhalten: Ai Weiwei sei ein Krimineller und wir sollten uns nicht für Kriminelle einsetzen, in Europa würden wir schließlich auch Kriminelle verfolgen. Die offiziellen Vertreter lassen sich gar nicht auf unsere Argumente für Demokratisierung und freie Meinungsäußerung ein.

Und das wird sich auch unter einer verjüngten Führung nicht ändern?

Im Fall Ai Weiwei gab es offensichtlich einen internen Streit in den Führungskreisen der KP, ob man härter oder weicher agie-

ren solle. Aber bei der Tibet-Frage, bei der Ein-China-Politik gegenüber Taiwan wird es nicht zu einer Entschärfung der Haltung kommen.

Ist das nicht frustrierend?

Ja, aber es ist gleichwohl notwendig, immer wieder hinzufahren und diese Themen anzusprechen. Denken Sie an Osteuropa: Als Vaclav Havel im Gefängnis saß, haben die tschechischen KP-Leute ja auch immer gesagt, der sei ein kriminelles Element. Trotzdem kam es irgendwann zu einer Transformation, und heute sind viele Staaten Osteuropas Mitglied der EU.

Nun wurde Havel von einem bankrotten System drangsalieren, während das heutige China vor ökonomischer Kraft strotzt und ein Hoffungsanker der Weltwirtschaft ist.

Aber gerade weil die gegenseitigen ökonomischen Interessen so stark sind, sind die Beziehungen auch so belastbar. Eigentlich könnte man sich viel klarer verhalten, denn weder der Westen noch China können es sich leisten, die Kooperation einzustellen. Bei allen diplomatischen Verstimmungen sind ja die ökonomischen Beziehungen nie wirklich eingeschränkt worden.

Treten die westlichen Wirtschaftsvertreter in China zu unterwürdig auf?

Als die Kulturausstellung „Aufklärung in Deutschland“ in Peking eröffnet wurde, fand ich es schon erschütternd, wie deutsche Wirtschaftsvertreter darum gebeten haben, bloß nichts Kritisches zu sagen oder zu fragen, weil das ihre Geschäfte beeinträchtigen würde. Für ihr überragendes Interesse an dem gigantischen, explodierenden chinesischen Markt gehen sie verdammt viele Kompromisse ein.

Ist dieser immense Boom denn überhaupt

von Dauer, ist er nachhaltig?

Die chinesische Warenproduktion war bislang eine nachholende Modernisierung. Da wurden einfache Produkte gefertigt, die keine besonders große Wertschöpfung haben: Spielzeug oder Textilien etwa. Das wird eine zentrale Herausforderung für die neue Führung: Inwiefern China selber in der Lage ist, auch hochwertige Produkte für den Weltmarkt zu entwickeln und herzustellen und auch Marken zu bilden.

Europa demonstriert nicht zuletzt mit den Parlamentarierreisen großes Interesse an China. Aber interessiert sich denn China genauso für Europa?

Die Kontaktaufnahme mit dem Europäischen Parlament ist ja von den Chinesen ausgegangen. Sie ist Folge der Öffnungspolitik von Deng Xiaoping und vor allem Folge der grauenhaften Erfahrungen der Kulturrevolution. China will ja von der Weltgemeinschaft anerkannt werden. Das ist ein ganz wesentlicher Antrieb, und hier kann man natürlich auch bei Verhandlungen ansetzen. Die Chinesen haben kein Interesse an einer globalen Situation, in der sie allein in der USA gegenüberstehen. Deswegen spielt die EU für sie eine große Rolle, politisch wie ökonomisch. Sie soll ein Global Player bleiben, und sie haben auch ein entscheidendes Interesse daran, dass der Euro nicht kollabiert – schließlich haben sie viel Geld in unserer Währung angelegt.

Zur Person
Helga Trüpel (53) sitzt seit 2004 für die Bremer Grünen im Europa-Parlament. Dort gehört sie u.a. dem Kultur- und Haushaltsausschuss an. Von 1991 bis 1995 war sie Kultursenatorin in Bremen.



der KP in China: Sie steht über der Regierung, dem Parlament und dem Militär. Ihre Organisationsabteilung, eine Art Super-Personalbüro, entscheidet über Karrieren von Parlamentsabgeordneten ebenso wie über Aufstieg und Fall von Ministern, Provinzkadern, Offizieren und Managern von Staatsbetrieben.

Es gehört zu den weiteren Besonderheiten der strikt nach leninistischen Prinzipien



Vizepräsident Xi Jinping wird als künftiger KP-Chef und Staatspräsident gehandelt. FOTO: AFP

organisierten Partei, dass die Kriterien dieser Entscheidungen nicht öffentlich gemacht werden, ebenso wenig wie die Liste der Kandidaten für die höchsten Posten. Der bisherige Vizepräsident Xi Jinping dürfte als künftiger Parteichef und gleichzeitiger Staatspräsident feststehen, sagen langjährige Beobachter der politischen Szene in Peking: Als Sohn eines Revolutionärs der ersten Stunde und ehemaligen Vizepremiere hat er Rückhalt sowohl unter mächtigen Provinzchefs als auch im Militär.

Als künftiger Premierminister wird Li Keqiang gehandelt, der gegenwärtig als Vizepremier vor allem für die Wirtschaft des Landes zuständig ist und bereits als Provinzpartei- und -gouverneur Erfahrungen gesammelt hat. Aber auch dem ehemaligen Pekinger Parteichef und heutigem Vizepremier Wang Qishan werden Chancen nachgesagt, Regierungschef zu werden.

Ob jemand in der Parteihierarchie auf- oder absteigt, erfahren die Chinesen in der Regel indirekt: In den vergangenen Tagen

Bremen. Der Unfall der zweijährigen Yue Yue beschäftigt China. Vor einer Woche wurde das Mädchen auf einer Straße im südchinesischen Foshan gleich zwei Mal überfahren. Zuerst von einem Lieferwagen, dann von einem LKW. Das allein könnte schon Anlass zur Diskussion sein. Doch vor allem was danach geschah, ist Thema in chinesischen Zeitungen, im Fernsehen und im Internet: Schwer verletzt liegt das kleine Mädchen auf der Straße – und keiner hilft.

Dokumentiert wurde der Unfall von einer Überwachungskamera. Menschen laufen die Straße entlang, gehen dicht an dem Mädchen vorbei und helfen nicht. Darunter auch eine Frau, die selbst ein Mädchen an der Hand hält. Erst nach sechs Minuten reagiert jemand: Die Müllsammlerin Chen Xianmei zieht Yue Yue von der Straße und ruft um Hilfe. Das Video hat sich mittlerweile über Youtube und andere soziale Netzwerke in der ganzen Welt verbreitet, viele Fernsehsender zeigten eine gekürzte Version. Überall sucht man jetzt nach Erklärungen für die mangelnde Hilfsbereitschaft. Viele Chinesen glauben, dass die rasante wirtschaftliche Entwicklung des Landes und die verbesserten Lebensumstände zu mehr Egoismus führen und die Gesellschaft ihre kollektiven Werte verliert.

Klima der Angst in China

Die Schriftstellerin Xu Pei sieht die Gründe an anderer Stelle: Für sie ist das Mädchen „ein weiteres Opfer des kommunistischen Regimes“. Seit die Kommunistische Partei Chinas regiere, habe sie systematisch die Grundwerte zerstört. „Die Moral ist verfallen“, erklärt Xu. Deshalb lebt sie seit 1996 in Deutschland. Seitdem ist die promovierte Germanistin eine kritische Beobachterin der Lage in ihrem Heimatland und bloggt darüber.

Sie erklärt, dass China nicht nur Hilfsbereitschaft brauche, um sich eines Opfers anzunehmen. In China brauche es dazu Mut: „Menschen, die wohlütig sind oder sich engagieren, werden systematisch verfolgt“, sagt sie und verweist auf prominente Fälle wie Gao Zhisheng. Er war ein gefeierter Anwalt bis er sich für Falungong-Anhänger, Untergrund-Christen und Opfer von Beamtenwillkür einsetzte. Seit 2010 gilt Gao als vermisst.

Xu Pei hält China nicht für eine normal funktionierende Gesellschaft: Eine normale Gesellschaft belohne diejenigen, die sich engagieren. In China würden sie eingesperrt. „Man darf sich nicht um etwas kümmern, das einen nichts angeht“, erklärt sie. Xu sieht darin den Grund für die Gleichgültigkeit der Passanten: „Was in der Gesellschaft übrig bleibt, ist Kälte.“ Für sie war das Massaker am Platz des Himmlichen Friedens 1989 ein Wendepunkt in ihrer Biographie – und sie sieht darin auch einen Wendepunkt in der chinesischen Gesellschaft: „Das kollektive Gewissen ist beschädigt“, glaubt sie. Die Menschen hätten es verlernt, Zivilcourage zu zeigen und sich um andere zu kümmern. Doch sie nimmt die Menschen auch in Schutz: „Wie könnten sie anders sein“, fragt sie, „in einer solchen Gesellschaft?“

Der Unfall wird in China zwar kontrovers diskutiert – jedoch ohne die politische Dimension, die Xu Pei dem Geschehen gibt. Für chinesische Medien ist es eben ein Unfall, deshalb darf darüber so offen berichtet werden, so schätzt Xu die Lage im Land ein. Ganz anders sei dies bei offensichtlich politischen Ereignissen: Vor wenigen Tagen zündete sich eine tibetische Nonne an, um gegen die Besetzung Tibets durch China zu protestieren. Sie starb an ihren Verletzungen. (Wir berichteten gestern.) Darüber werde in China nicht diskutiert, die Zensur erlaube keine Berichte.

Ob die kleine Yue Yue den Unfall überleben wird, ist noch unklar. Nach Berichten chinesischer Blogger liegt das Mädchen noch immer im Koma, ihr Zustand ist weiter kritisch.

Kommunisten bereiten Generationswechsel hinter verschlossenen Türen vor

VON JUTTA LIETSCH

Peking. Vier Tage trafen sie zusammen – an einem unbekanntem Ort in der Pekinger Innenstadt. Wie immer lag ein Schleier des Geheimnisses über der Tagung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas (KP), die jedes Jahr im Oktober stattfindet. Dieses Mal war es eine besondere Sitzung, die vermutlich letzte vor dem wichtigen Generationswechsel an der Spitze Chinas im nächsten Jahr. Personaldebatten drangen nach Schluss der Sitzung allerdings nicht nach außen. Offiziell beschäftigten sich die rund 370 Delegierten vor allem mit der „Förderung der Kultur, sowohl im In- als auch im Ausland“, wie chinesische Medien gestern berichteten.

„Immer mehr wird die Kultur zum wichtigen Element umfassender nationaler Stärke und Wettbewerbsfähigkeit“, hieß es im Abschlusskommuniqué des Treffens. Wer mehr erwartete, wurde enttäuscht: Hinweise auf mögliche politische Reformen enthielt das Papier nicht. Stattdessen

bekräftigten die Teilnehmer, sie wollten am „Sozialismus chinesischer Prägung“ festhalten. Staats- und Parteichef Hu Jintao hielt zudem eine „wichtige“ Rede, teilte die Nachrichtenagentur Xinhua mit.

Auf dem 18. Parteitag der KP im kommenden Jahr soll eine neue Führungsmannschaft die Macht übernehmen, nicht nur in Peking, sondern auch in den Provinzen. Ein geordneter Wechsel gehört zu den Neuerungen, die Chinas KP sich selbst aufgezungen hat. Die vom 1997 verstorbenen Deng Xiaoping eingeführten Regeln sehen eine Altersgrenze von 68 Jahren für Mitglieder des höchsten Parteigremiums vor, dem „Ständigen Ausschuss des Politbüros“. Sieben der neun Mitglieder dieses inneren Zirkels der Macht werden deshalb im kommenden Jahr ihre Posten abgeben, darunter Parteichef Hu Jintao und Premierminister Wen Jiabao.

Was das – zumindest nach außen hin – diszipliniert organisierte Polittreffen der vergangenen Tage so wichtig machte, ist die weiterhin alles beherrschende Stellung

erschieden zum Beispiel in der wichtigsten KP-Postille, der „Volkszeitung“, ausführliche Porträts von Vizepremier Li. Das wird als Zeichen dafür gewertet, dass er in der Gunst seiner Vorgesetzten oben steht.

Doch niemand kann seriös vorhersagen, wie das Pendel ausschlägt. Werden jene Politiker, die der Polizei und der Staatssicherheit nahestehen, in Zukunft einflussreicher sein? Gelingt es populistischen Nationalisten wie Bo Xilai, dem ehemaligen Handelsminister und heutigen Parteichef der Yangtse-Stadt Chongqing, an die Spitze der Partei vorzudringen? Sind die liberalen Kräfte innerhalb der Partei, auf dem Rückzug?

Ohnehin ist es schwer auszumachen, wer in welchem politischen Lager sitzt. Zu den obersten Prinzipien in der Amtszeit des gegenwärtigen Parteichefs Hu gehörte es, politische Auseinandersetzungen so weit wie möglich hinter eine Fassade der Einigkeit und Harmonie zu verstecken. Wie weit dies auch in den kommenden Monaten gelingen wird, bleibt abzuwarten.